

# Italien

## Roman Maruhn

Italien ist wieder auf seine traditionell integrationsfreundliche Linie zurückgekehrt und hat sich besonders auf außenpolitischem Gebiet als südlicher Stützpfeiler der Europäischen Union profiliert. Allerdings mehr noch als auf der internationalen Bühne hat sich Italien neben der deutschen Ratspräsidentschaft sowie Belgien, Luxemburg, Portugal und Spanien als zäher Verteidiger einer Vertiefung der europäischen Integration etabliert: Sowohl die Mitte-Links-Regierung als auch Staatspräsident Giorgio Napolitano haben entscheidende Impulse zur Stärkung des Lagers der EU-Staaten geliefert, welche die Grundprinzipien und den Wesensgehalt des Europäischen Verfassungsvertrags zur Grundlage des neuen Primärrechts der Europäischen Union machen wollten. Dabei ist es dieser Staatengruppe und damit auch Italien gelungen, eine beachtliche Interessenkoalition gegenüber den erklärten Verfassungsgegnern – die Regierungen Polens, Tschechiens und des Vereinigten Königreichs – zu schaffen, die es dem deutschen Vorsitz beim Europäischen Rat im Juni 2007 ermöglichte, die für die Verhandlungen entscheidende Drohkulisse aufzubauen.

Damit hat es die Regierung in Rom in vergleichsweise kurzer Zeit geschafft, Italiens nationale Interessen wieder auf Europa auszurichten,<sup>1</sup> nachdem die Vorgängerregierung unter Silvio Berlusconi eine politische Linie des passiven Euroskeptizismus verfolgte und sich in Fragen der internationalen Beziehungen den Vereinigten Staaten unter Präsident George W. Bush angeschlossen hatte. Italien ist wieder in der Mitte Europas angekommen, betreibt eine offensive Europapolitik und kann der EU durch die Übernahme internationaler Verantwortung zu größerem Gewicht in der Welt verhelfen.

### **Italiens Rolle auf dem Weg zu einem neuen EU-Vertrag**

Rom hat bis zum Europäischen Rat vom 21.-23. Juni 2007 an der vollen Umsetzung der zentralen Bestandteile des Europäischen Verfassungsvertrags festgehalten. So forderte Napolitano die politischen Kräfte des Landes dazu auf, sich an die Spitze der EU zu setzen, um den Verfassungsvertrag doch noch zu verwirklichen.<sup>2</sup> In der Regierung fand er dabei einen natürlichen Partner: Napolitano war im ersten Kabinett Prodi (1996-1998) Innenminister und seit 2006 gehören sowohl der Staatspräsident als auch die Regierung demselben politischen Lager an. Auch die Analyse des Ministerpräsidenten und ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten legt offen, dass politische Reformen im Sinne eines „Qualitätssprungs“ für die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union unverzichtbar sind:

„Es steht dennoch außer Zweifel, dass es (Europa) angesichts der Herausforderungen des neuen Jahrtausends einen zögernden, unsicheren, entscheidungsunfähigen Eindruck macht. Dabei geht es nicht nur um einen tatsächlichen oder angeblichen Motivationsver-

---

1 Bozonnet, Jean-Jacques: Romano Prodi recentre l'Italie sur l'Europe, in: *Le Monde*, 31.08.2006; Fisher, Ian: Italy's Peacekeeping Offer Signals Shift in Its Foreign Policy, in: *The New York Times*, 30.08.2006, S. 10.

2 Grußwort zur Auftaktveranstaltung des 100. Geburtstags von Altiero Spinelli an der Universität „La Sapienza“ in Rom am 6. Dezember 2006, zitiert aus: Giorgio Napolitano: „L'Italia sia un esempio per l'unità europea“, *Affari Esteri* 153, Gennaio 2007, S. 44.

lust, um den Wegfall des ursprünglichen Antriebs (die Suche nach dem Frieden auf dem Kontinent) und um die Notwendigkeit, neue Ziele zu finden, welche die neuen Generationen ideell mobilisieren können. Das Problem ist, dass Europa nicht so funktioniert, wie es sollte. Es ist gelähmt von der Suche nach dem Konsens, in einer Situation, in der die andauernden internationalen Krisen – in Fragen der Politik, der Wirtschaft und der Sicherheit – eher schnelles Handeln erfordern würden.

Wir haben es mit einer institutionellen Schwäche zu tun, die von Tag zu Tag sichtbarer wird und die sich stark innerhalb und außerhalb Europas auswirkt. Innerhalb lässt sie die Enttäuschung der Bürger wachsen, die von Europa Sicherheit und Arbeit verlangen, ohne jedoch überzeugende Antworten zu erhalten (deshalb darf man sich nicht wundern, wenn Franzosen und Niederländer Nein zur europäischen Verfassung sagen). Außerhalb zeigt sie noch deutlicher, dass ein Europa ohne angemessene Instrumente dazu verurteilt ist, sich selbst von der Lösung der Weltprobleme auszuschließen und bedeutungslos zu werden. (...)

Wir müssen den Weg einer Wiederbelebung des Verfassungsvertrages einschlagen und uns dabei der Tatsache bewusst sein, dass am Ende auch etwas weniger, etwas mehr oder etwas anderes als die aktuelle Fassung herauskommen kann. Dennoch wäre es falsch – denn wir würden sofort in eine Sackgasse geraten –, diesen Prozess einzuleiten und dabei zu glauben, dass wir ihn mit einem Vertrag abschließen können, der sich grundlegend von dem unterscheidet, der bereits von sechzehn Ländern – und daran möchte ich ausdrücklich erinnern – ratifiziert wurde.<sup>3</sup>

Mit der ausdrücklichen Unterstützung Prodis begleitete Innenminister Giuliano Amato, seinerzeit Vizepräsident des Europäischen Konvents, die diplomatische Arbeit seiner Regierung mit einer politisch und wissenschaftlich-intellektuell hoch profilierten „Weisen-Gruppe“. Diese stellte Anfang Juni 2007 einen „Neuen Vertrag mit Zusatzprotokollen“<sup>4</sup> mit dem Ziel vor, ihn in die Verhandlungen des Europäischen Rates einzuspeisen. Tatsächlich enthält bereits das Papier der Amato-Gruppe zentrale Bestandteile des später gefundenen Kompromisses wie das Festhalten an den wesentlichen institutionellen Reformen und die Streichungen des Titels eines europäischen Außenministers, der Präambel und der Symbole der Europäischen Union. In der Vorlage wird auch die Grundrechtecharta über eine Klausel aus dem eigentlichen Vertrag ausgelagert.

In der heißen Phase vor dem Juni-Gipfel übte Romano Prodi stellvertretend für die Verfassungs- und damit Integrationsbefürworter starken Druck auf die Opponenten des Verfassungsvertrags aus. Mit der offenen Nennung der beiden Regierungen in Warschau und Prag als Gegner eines akzeptablen Kompromisses und der Drohung einer Fortführung der europäischen Integration ohne diese beiden Länder<sup>5</sup> versuchte Prodi den taktischen Vorteil in den Verhandlungen auf die Seite der Verfassungsbefürworter zu bringen. Durch die Definition nicht verhandelbarer Punkte (EU-Außenminister, gewählter Ratspräsident, Ausweitung von Mehrheitsbeschlüssen, EU-Rechtspersönlichkeit) und die Androhung, einen

---

3 Prodi, Romano: Wir müssen das europäische Aufbauwerk vollenden, in: Welt am Sonntag, 05.11.2006, S. 15.

4 EurActiv.com: ‚Amato Group‘ puts forward new Treaty proposal, 05.06.2007, auf: <http://www.euractiv.com/en/future-eu/amato-group-puts-forward-new-treaty-proposal/article-164289>.

5 Agence Europe: Bulletin Quotidien Europe No. 9438, 05.06.2007, S. 4: „...there are many countries putting up a lot of resistance“, such as ‚Poland and the Czech Republic‘, he told Europe 1 on Sunday. As he had previously done before the EP, Mr Prodi pleaded in favour of the creation of a ‚vanguard‘ in case these ‚reluctant‘ countries continue to block the others in their advancement towards European integration. ‚I told them: I hope that we will walk together. Otherwise, we will have to do it without them, but the door will always remain open.“.

Kompromiss, der hinter diesen Anforderungen zurückbleibt, nicht zu unterschreiben, baute die Regierung in Rom die Gegenmacht der verfassungsfreundlichen Staaten mit auf.

Obwohl Prodi und Außenminister Massimo D'Alema sich insofern pragmatisch zeigten, als dass sie auch politische Reformen in der EU akzeptieren wollten, die unterhalb des Niveaus der Verfassungsidee lagen, bewegten sich die Reaktionen von Napolitano und Prodi im Gefolge des Kompromisses über das Mandat für die Regierungskonferenz 2007 zwischen Enttäuschung und scharfer Kritik an den Regierungen, die eine Einigung auf den Verfassungsvertrag verhinderten. Mit dieser Positionsnahme baute die italienische Seite nun auch für die Regierungskonferenz eine taktische Verhandlungsmacht auf, die es den expliziten und impliziten Gegnern des auf dem Europäischen Rat im Juni 2007 gefundenen Kompromisses unmöglich machen sollte, neue Kritikpunkte in den technischen Beratungen über den Reformvertrag umzusetzen. Gleichzeitig revidierte zumindest der Ministerpräsident seine Kritik, indem er das Mandat für die Regierungskonferenz als „besten Kompromiss, den wir kriegen konnten“ bezeichnete.<sup>6</sup>

Im Fazit ist es der italienischen Regierung gelungen, ihre nationalen Ziele in Übereinstimmung mit dem europäischen Interesse zu bringen und einen *trattato fondamentale*, einen neuen europäischen Grundlagenvertrag, auf den Weg zu bringen, der die wesentlichen politischen Inhalte des Verfassungsvertrags beinhaltet, ihre vollständige Realisierung aber auf einen Zeitraum bis 2017 streckt. Roms europäisches Zukunftsbild befindet sich im Einklang mit dem der progressiven EU-Mitglieder, der Grundkonsens über die europäische Integration liegt wieder im *Mainstream* der für ihr Bestehen entscheidenden Staaten und darüber hinaus hat Italien eine zentrale Rolle bei dem forcierten Kompromiss über das Mandat für die Regierungskonferenz zu einem neuen europäischen Vertrag gespielt.

### **Aktive Außenpolitik als Ausdruck europäischen Führungsanspruches und die Suche nach dem eigenen Platz in Europa**

Italiens Initiative zur und Engagement in der UNIFIL II-Mission im Libanon<sup>7</sup> (Operation Leonte) wird – zumindest aus der Perspektive Roms – als großer Erfolg gewertet.<sup>8</sup> Als Besonderheit heben Beobachter hervor, dass es gerade die italienische Regierung war, die darauf bestand, dass der Oberbefehl über die Truppen nicht beim Department of Peacekeeping Operations der UNO, sondern bei der ad hoc eingerichteten italienisch-französischen so genannten strategischen Zelle liegt. Dies war die zentrale Bedingung, die Rom für seine substantielle Beteiligung an der Mission stellte, um die schnelle und weit gehend autonome Verteidigungs- und Einsatzfähigkeit seines Kontingents zu wahren. In der Praxis scheint sich dieses Modell aber nicht bewährt zu haben.

Mit der Frage der außen- und sicherheitspolitischen Elite nach einer Belohnung für das Engagement im Nahen Osten wiederholt sich einmal mehr ein vertrautes Motiv italienischer Außenpolitik:<sup>9</sup> Auch wenn der Balkan, das Mittelmeer, Nordafrika und auch der Nahe Osten zu Italiens unmittelbarer und mittelbarer Umgebung gehören, ist das Bewusst-

6 EurActiv.com: Prodi: Reformvertrag ‚der beste Kompromiss, den wir kriegen konnten‘, 25.07.2007, auf: <http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/prodi-reformvertrag-beste-kompromiss-kriegen-konnten/article-165849>.

7 Maruhn, Roman: Italien, in: Weidenfeld, Werner / Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2006*, Baden-Baden 2007, S. 359f.

8 Jean, Carlo: *L'intervento nel Libano e gli interessi nazionali italiani*, in: *Affari Esteri* 153, Gennaio 2007, S. 148-162.

sein in der öffentlichen Debatte noch nicht ausreichend entwickelt, dass diese Großregion mit ihren zum Teil krisenartigen Entwicklungen zum geographischen Vorfeld zuerst Italiens und dann auch Europas gehört. Seiner quasi Natur gegebenen Verantwortung, der Italien aber auch bereits mehrmals gegenüber Albanien und 2006 eben gegenüber Libanon und Israel nachgekommen ist, kann Rom sich nicht entziehen: Außen- und sicherheitspolitisches Handeln bleibt in diesem Zusammenhang alternativlos. Hierin liegt heute wie gestern die Antwort auf die Frage, wie Tendenzen einer Marginalisierung Roms in der Europäischen Union, besonders in Form informeller Führungszirkel bzw. Direktorien wie der EU-3<sup>10</sup> begegnet werden kann.

Der unter der Regierung Berlusconi bereits erlebte und weiterhin drohende Bedeutungsverlust Italiens in der EU<sup>11</sup> wird von der Regierung Prodi offen diskutiert und ihm wird offensiv begegnet: Italien war bei der Beendigung des Libanonkriegs von 2006 die Führungsnation, die zu einer wesentlichen Europäisierung der Frage der Lösung des Nahostkonflikts beigetragen hat. Obwohl die hervorgehobene Rolle Roms sowohl von den USA und Israel als auch dem Libanon explizit gewünscht wurde, vollendete die Prodi-Regierung damit nach gerade einmal zwei Monaten Amtszeit den außenpolitischen Kurswechsel gegenüber der Vorgängerregierung: Nicht mehr Washington ist jetzt der Maßstab außenpolitischer Entscheidungen, sondern Brüssel und die EU-Partner. Mit dem Abzug des italienischen Kontingents aus dem Irak und der Truppenentsendung für UNIFIL II wurde dieser Paradigmen- und Prioritätenwechsel sichtbar umgesetzt.

Der Unterschied zwischen der Vorgängerregierung und der heutigen stellt keinen bloßen Akzentwechsel, sondern einen umfangreichen Strategiewandel im Sinne einer Rückbesinnung auf klassische Merkmale italienischer Europa- und Außenpolitik dar: War die Regierung Berlusconi in erster Linie ein enges Bündnis mit der Bush-Regierung eingegangen und hatte damit implizit auch deren unilaterale Weltpolitik unterstützt, so verknüpft Prodi die Mitgliedschaft und das aktive Engagement in der Europäischen Union mit der Priorität des Prinzips des Multilateralismus. Insofern ist die EU für Rom als primärer Handlungsrahmen alternativlos und eine Notwendigkeit.<sup>12</sup>

In Rom hat ein Lernprozess stattgefunden, der im Ergebnis bedeutet, dass Italien zunehmend nicht nur seine eigene territoriale Sicherheit garantieren, sondern auch regionale Stabilität produzieren können muss. Diese notwendigerweise auch mit einer Emanzipierung von den USA verbundene Profilierung zur Regionalmacht führt zwangsläufig auch zur Stärkung der eigenen Rolle innerhalb der EU, aber auch der Bedeutung der EU im Mittelmeerraum.

### **Dominanz finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen**

Angesichts des jüngsten Wirtschaftsaufschwungs wurden – wie das auch der Fall für die (zu niedrige) Schätzung des Potenzialwachstums Deutschlands war – grundsätzliche und eher negative Einschätzungen der ökonomischen Performance Italiens in Frage gestellt.<sup>13</sup>

---

9 „Cronopios e famas“ (Editoriale), in: *Limes – Rivista italiana di geopolitica* 3/2007 („Mai dire guerra“), S. 14.

10 Maruhn (2007), S. 357-359.

11 Vgl. auch Tallberg, Jonas: *Bargaining Power in the European Council*, SIEPS 2007:1, S. 14, 15, 19 und Gasparini, Giovanni: *Italy and ESDP*, in: Brummer, Klaus (Hrsg.): *The South and ESDP. Greece, Italy, Portugal and Spain*, Gütersloh 2007, S. 22, 24, 26, 28f.

12 Prodi (2006).

So sei keineswegs festgeschrieben, dass die Wettbewerbsfähigkeit deutlich schlechter sei als in anderen EU-Staaten und dass Italien deshalb etwa eines Tages dazu gezwungen sein werde, die Eurozone zu verlassen. Stattdessen habe es die Industrie erfolgreich geschafft, sinkende Exporte in die Eurozone durch Ausfuhren in andere Weltregionen wie die osteuropäischen Länder und die USA zu kompensieren. In der Tat profitiert Italien vom Boom und indirekt auch von der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands: Die Arbeitslosenzahlen sinken bereits seit Jahren kontinuierlich, die Wirtschaft wächst wieder substantiell und auch der Staat kann erhebliche Steuermehreinnahmen verzeichnen.

Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft hat sich Rom mit den anderen Eurostaaten verpflichtet, bis 2010 sein Haushaltsdefizit abzubauen und damit ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Kein anderes Land der Eurogruppe hat immer noch einen so hohen finanziellen Konsolidierungsbedarf wie Italien.<sup>14</sup> Die staatliche Gesamtverschuldung liegt weiterhin bei monströsen 106 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das politische System, das letzte nationale Wählervotum, sowie die zwei in etwa gleich starken und sich unversöhnlich gegenüber stehenden politischen Lager erschweren einmal mehr halbwegs entschiedene Reformen bzw. Umbauten des Wirtschafts- und Sozialsystems – wie sie zum Beispiel im Deutschland der letzten fünf Jahre stattgefunden haben –, die zumindest in finanzieller Hinsicht die Handlungsfähigkeit des Staates und damit auch der Politik wiederherstellen könnten.

Um den Zusammenhalt der breiten Mitte-Links-Koalition zu sichern, milderte so das Kabinett Prodi im Sommer 2007 die von der Vorgängerregierung beschlossene Erhöhung des Mindestalters für Frührentner ab: Italiener sollen erst ab 2013, und nicht bereits ab dem kommenden Jahr, mindestens bis zum Alter von 61 Jahren arbeiten müssen, um – die Mindestzahl von 36 Beitragsjahren vorausgesetzt – in den Genuss ihrer vollen Altersversorgung zu kommen. Allerdings zieht Rom in diesem Fall, wie auch in der Frage des Abbaus des Haushaltsdefizits,<sup>15</sup> nicht nur die Kritik von Europäischer Kommission, OECD und Internationalem Währungsfonds auf sich, sondern auch von Ratingagenturen. Bereits jetzt gibt Italien schon 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rentenzahlungen aus, hat europaweit die jüngsten Rentner, eine der höchsten Lebenserwartungen und gleichzeitig eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit. Die Verschiebung der stufenweisen Erhöhung des Rentenalters wird bereits in den nächsten zehn Jahren zehn Milliarden Euro kosten.<sup>16</sup> Zudem sollen die aufgrund der guten konjunkturellen Lage erwarteten Steuermehreinnahmen nicht in erster Linie der Sanierung des Haushalts dienen, sondern den Bürgern und Wählern – die Regierung Prodi befindet sich aktuell in einem absoluten Zustimmungstief – in Form von Sozialausgaben wie der Erhöhung von Kleinrenten zurückgegeben werden.

Immer mehr stellt sich auch deshalb in der italienischen Gesellschaft die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen den Generationen: Tendenziell macht sowohl die politische Rechte wie die Linke Politik für die mittlerweile demographisch breite Schicht der Rentner bzw.

13 Dullien, Sebastian/Monika Dunkel/Florian Eder: Italiens Wirtschaft besser als ihr Ruf, in: *Financial Times Deutschland*, 31.10.2006, S. 16.

14 Italien hat im so genannten LiMa-Benchmark, einer Evaluation und Kombination aus den zentralen Kennziffern der Lissabon-Strategie und finanzieller Nachhaltigkeit, weit abgeschlagen nur den letzten Platz aller EU-Staaten erreicht: Bertelsmann Stiftung: *Steiniger Weg zum stärksten Wirtschaftsraum*, Gütersloh 2007, auf: [www.cap.lmu.de/download/2007/2007\\_LiMa-Schlussfolgerungen.pdf](http://www.cap.lmu.de/download/2007/2007_LiMa-Schlussfolgerungen.pdf).

15 Proissl, Wolfgang: Juncker weist Italien harsch zurecht, in: *Financial Times Deutschland*, 28.06.2007, S. 13.

16 Eder, Florian: Politische Selbstfesselung, in: *Financial Times Deutschland*, 23.07.2007, S. 13.

eine Generation später, während die Zukunftschancen jüngerer Arbeitnehmer, insbesondere von Akademikern schlecht aussehen. In Politik und Wirtschaft macht das Unwort der Gerontokratie die Runde.<sup>17</sup> Teilweise jahrelange unentgeltliche, irreguläre oder schlicht illegale Arbeitsverhältnisse sind keine Seltenheit – auch nicht in der Abgeordnetenkammer: Nur 54 von insgesamt 683 parlamentarischen Mitarbeitern hatten zum Zeitpunkt einer Recherche von Journalisten einen regulären Arbeitsvertrag.<sup>18</sup>

Italien steht vor der Schlüsselfrage, ob es gelingt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einen Grad an Reformfähigkeit zu entwickeln, der ausreicht, um die Zukunftsfähigkeit des Landes wieder zu sichern. Daraus werden sich dann auch Aussagen darüber ableiten lassen, wie viel Gewicht Rom in Zukunft in der Europäischen Union und der Welt haben wird. Dabei ist die unmittelbare Herausforderung in erster Linie das Erreichen von finanzieller Nachhaltigkeit des Staates und seiner Sozialsysteme.

### **Krise der staatlichen Verkehrsinfrastruktur, aber Konsolidierung des Bankenmarkts**

Das Wirtschafts- und Finanzministerium beendete am 18. Juli 2007 das Bieterverfahren um den Verkauf von mindestens 39,9 Prozent – insgesamt besitzt der Staat 49,9 Prozent der Anteile – an der nationalen Fluglinie Alitalia ohne Ergebnis, nachdem sich der letzte potentielle Käufer, eine Investorengruppe um den Konkurrenten Air One, zurückgezogen hatte. Die Gebotsphase war bereits am 6. Juli wegen des Mangels an Interessenten um zwei Wochen verlängert worden, nachdem die Regierung die Ausschreibung am 29. Dezember 2006 eröffnet hatte. Das „Problem Alitalia“<sup>19</sup> ist alles andere als neu: Ein unklares strategisches Unternehmensprofil, häufige Streiks, eine Flugzeugflotte, die nur schleppend modernisiert wird, die Tatsache, dass seit knapp zehn Jahren kein operativer Gewinn mehr erwirtschaftet wurde, und die von der Regierung geforderten Beschäftigungsgarantien für die rund 19.000 Mitarbeiter machen den Traditionscarrier nicht zum Traumübernahmekandidaten. Die über die Jahre erstarkte Konkurrenz – die italienischen Air One, AlpiEagles, Meridiana und der Lufthansa-Zubringer Air Dolomiti, aber auch die europäischen Billigfluglinien – war nicht der Auslöser für die Probleme Alitalias, sondern schuf und füllte Marktsegmente, die auf die heterogene wirtschaftliche und regionale Struktur Italiens zurückzuführen sind, von dem Unternehmen allerdings ignoriert wurden. Die Zukunftsaussichten sind für die defizitäre Alitalia schlecht: Eine Sanierung unter Staatsregie scheint ausgeschlossen, da die Europäische Kommission weitere Finanzhilfen an sehr strenge Auflagen bindet.

Ähnlich problematisch stellt sich die Lage bei der staatlichen Bahngesellschaft Ferrovie dello Stato und dem Fährunternehmen Tirrenia dar: Sie sind integrale Bestandteile der aufgrund der geographischen Verhältnisse schwierigen italienischen Infrastruktur, aber ebenfalls hoch defizitär. Sanierungs- und Privatisierungspläne für beide Unternehmen sind ungeklärt.

Anders verläuft die Entwicklung bei den noch erheblichen Staatsanteilen am Mineralölkonzern ENI, dem Stromversorger ENEL und den Poste Italiane: Diese Unternehmen sind hoch profitabel und führen zu guten Einnahmen des Finanzministeriums.<sup>20</sup>

---

17 Kort, Katharina: Italien – Macht der Alten, in: Handelsblatt, 23.07.2007, S. 8.

18 Camera, stop ai portaborse in nero – „Accredito solo a chi ha il contratto“, in: Repubblica.it, 13.03.2007, auf: <http://www.repubblica.it/2007/03/sezioni/politica/camera-portaborse/camera-portaborse/camera-portaborse.html>.

19 Maruhn, Roman: Italien, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000, Berlin 2000, S. 348-349.

Ein noch weitaus positiveres Bild stellt sich auf dem italienischen Finanzmarkt dar: Seit dem Amtsantritt Mario Draghis als Chef der Zentralbank Banca d'Italia hat sich die Bankenlandschaft massiv verändert: Sechs große Zusammenschlüsse italienischer Institute und zwei Übernahmen durch ausländische Unternehmen<sup>21</sup> beendeten die frühere Zersplitterung in Regionalbanken kleiner bis mittlerer Größe und führten zur Bildung echter nationaler und auch potentiell europäischer Player. Mit der am 30. Juli 2007 beschlossenen Fusion von Unicredit und Capitalia, einer Transaktion in Höhe von 22 Milliarden Euro, entsteht sogar die größte Bank der Eurozone, die zweitgrößte Europas und die Nummer sechs weltweit. Dabei bezeichnet Konzernchef Alessandro Profumo die entstehende Großbank als einzige echte europäische Bank: 50 Prozent des Geschäfts wird in Italien gemacht, der Rest im europäischen Ausland.

### **Umbau des politischen Systems**

Nicht zuletzt das von der Regierung Berlusconi kurz vor den Parlamentswahlen 2006 eingeführte Wahlrecht hat dazu geführt, dass Italien sich – was das Wahlverfahren betrifft – dem deutschen politischen System annähern könnte. Zwar verfügt die Regierung Prodi nach wie vor in der Abgeordnetenversammlung über eine komfortable Mehrheit, aber den Abstimmungen im Senat müssen aufreibende und politisch kostspielige Verhandlungen vorgeschaltet werden, damit die breite und durchaus heterogene Unione-Koalition auch dort mehrheitsfähig ist. Es ist auch diese äußerst knappe Mehrheit – einschließlich der sieben auf Lebenszeit amtierenden und eigentlich *supra partes* agierenden Senatoren –, die der Opposition immer wieder einen Vorwand dafür bietet, Neuwahlen zu fordern.

Nach einer Vorlage des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses des Senats Enzo Bianco soll in Zukunft eine 4-Prozent-Hürde für alle Parteien gelten, falls eine Liste nicht drei Direktmandate erhält. Auch weiterhin ist der so genannte *Premio di maggioranza* in Höhe von zehn Prozent der zu vergebenden Mandate für die politische Kraft vorgesehen, die 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. Im Hintergrund steht die (deutsche) Idee eines „verbesserten Verhältniswahlrechts“, um klare politische Mehrheiten zu schaffen und die Regierbarkeit Italiens zu garantieren. Die Politik steht in dieser Frage unter Zugzwang, da auch die Referendumsbewegung um Mario Segni eine Volksabstimmung über eine Reform des Wahlrechts anstrebt: Am 24. Juli 2007 wurden von dieser überparteilichen Gruppe die nach Organisatorenangaben 816.467 gesammelten Unterschriften – nach der Verfassung sind die Unterschriften von 500.000 Wahlberechtigten notwendig – dem Kassationsgericht übergeben. Ziel dieses Volksbegehrens ist die Einführung eines echten Zweiparteiensystems und die Abschaffung von Mehrfachkandidaturen.<sup>22</sup> Die Abstimmung darüber könnte zwischen April und Juni 2008 stattfinden, wenn das Parlament in der Zwischenzeit nicht bereits das Wahlrecht geändert haben sollte und damit einem Referendum zuvorkommt.

Diese Entwicklung vorwegnehmend, befindet sich das bereits seit knapp zehn Jahren diskutierte Projekt eines *Partito democratico* (PD), einer großen Demokratischen Partei, in der Phase der Konstitutionalisierung: Roms Bürgermeister Walter Veltroni – historischer

20 Kort, Katharina: Italiens Staatsfirmen in der Krise. Regierung sucht nach Auswegen für Alitalia und Ferrovie dello Stato, in: Handelsblatt, 17.11.2006, S. 21.

21 Sauer, Ulrike: Profumos Heimspiel, in: Süddeutsche Zeitung, 21.05.2007, S. 20.

22 Comitato promotore Referendum Elettorali: I quesiti, auf: <http://www.referendumelettorale.org/cgi-bin/adon.cgi?act=doc&doc=2>.

Vordenker des Dritten Weges in Italien – wurde zum Generalsekretär dieser neuen politischen Kraft gewählt, die aus der Fusion der Democratici di sinistra (DS) – ihrerseits Nachfolgepartei des gemäßigten Zentrums des PCI – und der Margherita, einer Sammlungsbeziehung eher progressiver Christdemokraten aus der Konkursmasse der Democrazia cristiana, hervorgehen soll. Allerdings gibt es noch weitere politische und weniger in Parteien organisierte Kräfte, welche die politische und ideologische Orientierung des DP beeinflussen werden: Als ideologischer Architekt dieser Großpartei gilt Arturo Parisi, Erfinder des Ulivo, politischer Berater Prodis und dessen aktueller Verteidigungsminister, während Prodis Kampagnenmanager Giulio Santagata, Minister für die Umsetzung des Regierungsprogramms, mit der in den Vorwahlen 2005 und den Parlamentswahlen 2006<sup>23</sup> erfolgreichen Bewegung Incontriamoci um die 25.000 Aktivisten und ein erhebliches Wählerpotential erreichen könnte. Am 14. Oktober 2007, zwei Jahre nach den Vorwahlen, die Prodi zum Berlusconi-Herausforderer machten, haben wiederum diese in erster Linie über das Internet organisierten Mitte-Links-Sympathisanten neben den beiden großen Parteien die Zusammensetzung des Gründungskongresses des PD bestimmt.

In der Zukunft könnte der PD die größte Partei Italiens – aktuelle Umfragen sehen ihn bei um die 30 Prozent Stimmanteil – werden und mit einem entsprechenden Wahlrecht sich schon bei den nächsten Wahlen 2011 oder auch früher den Auftrag zur Regierungsbildung sichern, denn bis jetzt sind alle Versuche gescheitert, in der Opposition eine ähnliche Großpartei zu gründen. Offen dagegen ist die Frage, welche politische Heimat der PD in Europa finden wird: Bis jetzt gehören die DS der sozialdemokratischen und Margherita der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa an.

Für Italien stellt sich die Frage, ob eine effiziente und demokratische Wahlrechtsreform trotz des Widerstands traditioneller politischer Kräfte gelingen und das Parteien- und Regierungssystem an Stabilität und Entscheidungsfähigkeit gewinnen kann. Die Politik steht unter hohem Erwartungsdruck der Bürger, denn deren Zufriedenheit mit der italienischen Demokratie, ihr Vertrauen in die Politiker und die Loyalität gegenüber dem Staat sind nach wie vor dramatisch gering.

### **Weiterführende Literatur**

Action Committee for European Democracy: A New Treaty and Supplementary Protocols – Contribution to the Debate on Europe's Political Prospects in the Perspective of the European Council of 21-22 June 2007 – Explanatory Memorandum, Brussels, 4 June 2007, auf: [http://www.iue.it/RSCAS/texts/ACED2007\\_NewTreatyMemorandum-04\\_06.pdf](http://www.iue.it/RSCAS/texts/ACED2007_NewTreatyMemorandum-04_06.pdf).

Gianni Bonvicini/Gian Luigi Tosato: An Italian Strategy for Relaunching the EU Constitutional Treaty, Istituto Affari Internazionali Rome, May 2007, auf: <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iai0704e.pdf>.

---

23 Maruhn (2007), S. 353ff.